

# JÜRGEN BEINEKE

44577 Castrop-Rauxel · Web: [www.jürgenbeineke.de](http://www.jürgenbeineke.de) · E-Mail: [j.beineke@t-online.de](mailto:j.beineke@t-online.de)

## Olaf Scholz: Not my Bundeskanzler

Bundeskanzler Olaf Scholz gab am 20.09.2022 sein Debüt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und es stellt sich mir die Frage, was hat er dort eigentlich gesagt, das dort noch nicht gesagt wurde. Was ist das Scholz-Spezifische, das „newly elected Chancellor of Germany“-Spezifische?

Mir jedenfalls stellte sich die Rede geradezu als (?)tausendste, geradezu echolalistische Wiederholung „werte“westlicher Kalauer dar, die uns seit Jahren um die Ohren dröhnen. – Amnestisch extrem verfremdet: Krieg gibt es für ihn in dieser Rede nur in Verbindung mit Putin-Russland. Mit Intelligenz jedenfalls hat das für mich nichts zu tun, sondern eher mit Boshaftigkeit.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat sich gar nicht erst die Mühe gemacht, eine saubere systemische Analyse der globalen Verfasstheit hinzulegen. Das aber wäre nötig, wenn er dem Ernst der Lage gerecht werden wollte. Denn der Russland/Ukraine-Krieg hat eine Vorgeschichte, ist das Ergebnis eines langen systemischen Prozesses, an dem auch Deutschland seinen signifikanten Anteil hat.

Offensichtlich hat der Mann keinen Respekt vor „unseren Vereinten Nationen“, wie er sich in seiner Rede anbiedernd ausdrückt, hält sie für eine Schwatzbude. Wenn das nicht so wäre, hätte er sich nicht für so einen oberflächlichen Propaganda-Zinnober hergegeben, wie er das getan hat.

Peinlich, Olaf Scholz tut so, als habe die Welt vor ihm noch nicht bestanden und bedürfe seiner infantilen Erzählung, wie er sie uns hier zumutet. Außer einer signifikant/selbstverursachten heimischen Energie- und Wirtschaftskrise und seiner Schröder-Imitation eines Krieges gegen in diesem Fall Russland, hat er überhaupt nichts vorzuweisen.

Alles, was er als sein Verdienst ausgibt, gab es bereits vor ihm. – Und es gab auch sie: Die vor 50 begonnene erfolgreiche Gaskooperation zwischen Russland und Deutschland.

Im Februar 1970 hatten die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland ein langfristiges Abkommen über den Bau einer Gaspipeline nach Westeuropa und die Lieferung von russischem (sowjetischem) Gas unterzeichnet. Dieses Abkommen wurde als „Deal des Jahrhunderts“ gefeiert, das größte in der Geschichte der sowjetisch-deutschen und russisch-europäischen Abkommen, das zudem trotz des Widerstands seitens der USA zustande gekommen war.

Doch die infantile Vasallengesinnung des „newly elected Chancellor of Germany“ (Scholz-Rede) den USA gegenüber verlangt ihren Tribut, wofür er die Solidarität Gleichgesonnener, derer es im »Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN« (Wagenknecht) jede Menge gibt, einfordert. Sogar die verkrüppelte Partei DIE LINKE ist zum NATO-Überläufer verkommen. – Und die Medien blasen für diese pathologisierte Zeitgeist-Politik – wie immer – die Fanfaren.

Bei den Scholz-Passagen zum Hunger in der Welt bleibt mir einfach die Spucke, weg. Völlig geschichtsignorant tut er so, als gäbe es dieses Problem erst seit dem 24. Februar 2022.

Ansonsten bietet es nur politikertypisch vollmundige Ankündigungen, wie sie alle Bundeskanzler vor ihm zu Hauff vom Stapel gelassen haben. Wir erinnern uns: Frau Merkel wurde auch schonmal als Klimakönigin gefeiert und man schau sich nur mal ihre diesbezügliche Bilanz an.

...

Nachfolgend nun die vollständige Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz (Quelle: [Bundesregierung](#))  
Ich habe sie mit **eigenen Anmerkungen** versehen und eingefügt.

Rede von Bundeskanzler Scholz anlässlich der 77. Generaldebatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Dienstag, 20. September 2022 in New York  
Mr. President,  
fellow delegates,  
Ladies and Gentlemen!

It is with humility and deep respect that I am addressing you today – both as the newly elected Chancellor of Germany and as a proud delegate to our United Nations. My country and the United Nations are indivisibly linked. Today's democratic and reunited Germany owes its role on the world stage to you, our international friends and partners. You placed your trust in us to become and to remain a peace-loving member of the international community.

We know that we owe our freedom, our stability and our prosperity to an international order with the United Nations at its core. Therefore, my country's commitment to this organization and its noble goals – peace, development and equal rights and dignity for every human being – will never wane.

[Einfügung in Deutsch: Mit Demut und tiefem Respekt wende ich mich heute an Sie - sowohl als neu gewählter Bundeskanzler Deutschlands als auch als stolzer Delegierter bei unseren Vereinten Nationen. Mein Land und die Vereinten Nationen sind untrennbar miteinander verbunden. Das demokratische und wiedervereinigte Deutschland von heute verdankt seine Rolle auf der Weltbühne Ihnen, unseren internationalen Freunden und Partnern. Sie haben uns das Vertrauen geschenkt, dass wir ein friedliebendes Mitglied der Völkergemeinschaft werden und bleiben.  
Wir wissen, dass wir unsere Freiheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand einer internationalen Ordnung verdanken, in deren Zentrum die Vereinten Nationen stehen. Deshalb wird das Engagement meines Landes für diese Organisation und ihre hehren Ziele - Frieden, Entwicklung sowie gleiche Rechte und Würde für alle Menschen - niemals nachlassen.]

Übersetzt mit [www.DeepL.com/Translator](http://www.DeepL.com/Translator) (kostenlose Version)]

Ich lege dieses Bekenntnis leider zu einer Zeit ab, in der wir uns von diesen ehrwürdigen Zielen entfernen. Nach Jahrzehnten, in denen wir Mauern und Blöcke überwandern – eine Zeit, in die der Fall des Eisernen Vorhangs und die deutsche Wiedervereinigung fielen -, nach der technologischen Revolution des Internets und der Digitalisierung, die uns so eng vernetzt haben wie noch nie, stehen wir heute vor einer neuen Fragmentierung der Welt. Neue Kriege und Konflikte sind entstanden. Globale Großkrisen türmen sich vor uns auf, verbinden und verstärken sich. Manche sehen darin die Vorboten einer Welt ohne Regeln.

Zutreffend ist: Die Risiken für unsere globale Ordnung sind real. Dennoch kann ich wenig anfangen mit dem Bild von der regellosen Welt – aus zwei Gründen. Erstens: Unsere Welt hat klare Regeln, Regeln, die wir als Vereinte Nationen gemeinsam geschaffen haben. Diese Charta verspricht uns allen ein friedliches Miteinander. Diese Charta ist unsere kollektive Absage an eine regellose Welt! Unser Problem sind nicht fehlende Regeln, unser Problem ist der mangelnde Wille, sie einzuhalten und durchzusetzen.

Das Bild von der Welt ohne Regeln führt aber noch aus einem zweiten Grund in die Irre. Wenn wir unsere Weltordnung nicht gemeinsam verteidigen, weiterentwickeln und stärken, dann droht uns nicht etwa regelloses Chaos, sondern eine Welt, in der die Regeln von denen gemacht werden, die sie uns dank ihrer militärischen, ökonomischen und politischen Macht diktieren können. Die Alternative zur regelbasierten Welt ist nicht die Anarchie, sondern die Herrschaft der Starken über die Schwächeren!

Ob aber in dieser Welt das Recht der Macht herrscht oder die Macht des Rechts, kann den allermeisten von uns nicht egal sein. Die Kernfrage, vor der wir als Weltgemeinschaft stehen, lautet: Schauen wir hilflos zu, wie manche uns in eine Weltordnung zurückkatapultieren wollen, in der Krieg ein gängiges Mittel der Politik ist, in der sich unabhängige Nationen ihren stärkeren Nachbarn oder ihren Kolonialherren zu fügen haben, in der Wohlstand und Menschenrechte ein Privileg der „lucky few“ sind? Oder schaffen wir es mit vereinten Kräften, dass die multipolare Welt des 21. Jahrhunderts eine multilaterale Welt bleibt?

Meine Antwort, als Deutscher und als Europäer, lautet: Das muss uns gelingen, und das wird uns auch gelingen, wenn wir drei grundlegende Prinzipien beachten.

**Kommentiert [JB1]:** Not my Bundeskanzler

**Kommentiert [JB2]:** Regellose Welt? - Wer hat so einen Blödsinn denn schon mal kolportiert?

**Kommentiert [JB3]:** Wenn er damit auch die USA-, die EU- und letztlich auch die NATO-Regel- und Völkerrechtsverletzungen seit 9/11 gemeint hat, ist das so in Ordnung. Allerdings gehe ich davon nicht aus.

**Kommentiert [JB4]:** Scholz verleugnet manipulatorisch die Realität: Der verkommene "Werte"westen macht es doch bereits seit z.B. 9/11 vor. Er kümmert sich nicht um bestehende Regeln und lebt brutal das Diktat der militärischen und zunehmend auch ökonomischen Überlegenheit. Er führt hybride Kriege, an denen eine Clique von politischen und medialen Hasardeuren auch die BRD beteiligt.

**Kommentiert [JB5]:** Auf solch "professionelle" Ratschläge hat die Welt geradezu gewartet.

Erstens: Internationale Ordnung entsteht nicht von allein. Ohne unser Zutun bleibt diese Charta nur Papier. Mit dieser Charta ist ein Aufruf an uns alle verbunden, ihre Ziele und Grundsätze durchzusetzen! Deshalb dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen, wenn eine hochgerüstete, nukleare Großmacht – noch dazu ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates – Grenzen mit Gewalt verschieben will. Russlands Eroberungskrieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Präsident Putin führt ihn mit einem einzigen Ziel: sich der Ukraine zu bemächtigen. Selbstbestimmung und politische Unabhängigkeit zählen für ihn nicht.

Dafür gibt es nur ein Wort. Das ist blanker Imperialismus! Die Rückkehr des Imperialismus ist nicht nur ein Desaster für Europa. Darin liegt ein Desaster auch für unsere globale Friedensordnung, die die Antithese ist zu Imperialismus und Neo-Kolonialismus. Deshalb war es so wichtig, dass 141 Staaten den russischen Eroberungskrieg hier in diesem Saal eindeutig verurteilt haben.

Doch das allein reicht nicht aus! Wenn wir wollen, dass dieser Krieg endet, dann kann es uns nicht egal sein, wie er endet. Putin wird seinen Krieg und seine imperialen Ambitionen nur aufgeben, wenn er erkennt: Er kann diesen Krieg nicht gewinnen! Er zerstört dadurch nicht nur die Ukraine, er ruiniert auch sein eigenes Land. Deshalb werden wir keinen russischen Diktatfrieden akzeptieren – und auch keine [Schein-Referenden](#). Deshalb muss die Ukraine Russlands Überfall abwehren können.

Wir unterstützen die Ukraine dabei mit aller Kraft: finanziell, wirtschaftlich, humanitär und auch mit Waffen. Gemeinsam mit Partnern weltweit haben wir harte wirtschaftliche Sanktionen gegen die russische Führung und Russlands Wirtschaft verhängt. So lösen wir das Versprechen ein, das jedes unserer Länder mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen gegeben hat, nämlich „unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“.

Eines möchte ich hinzufügen: Nicht ein Sack Getreide wurde aufgrund dieser Sanktionen zurückgehalten. Russland allein hat die ukrainischen Getreideschiffe am Auslaufen gehindert, Häfen zerbombt und landwirtschaftliche Betriebe zerstört.

„Wer den Krieg ächten will, muss auch den Hunger ächten“. Mein Amtsvorgänger, Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, hat diesen Satz gesagt, als er als erster Bundeskanzler im Jahr 1973 hier vor dieser Versammlung sprach. Heute erleben wir: Dieser Satz gilt auch umgekehrt. Wer den Hunger ächten will, der muss Russlands Krieg ächten – diesen Krieg, der auch in Ländern weit weg von Russland für steigende Preise, Energieknappheit und Hungersnot sorgt.

Dass es unter Vermittlung von Generalsekretär Guterres und der Türkei gelungen ist, Getreideexporte wieder möglich zu machen, verdient große Anerkennung. Auch Deutschland unterstützt die Ukraine beim Export von Nahrungsmitteln. Wir werden der Ukraine auch beistehen, um die enormen Kosten für den Wiederaufbau des Landes zu stemmen. Bei einer internationalen Expertenkonferenz, die ich mit der Präsidentin der Europäischen Kommission am 25. Oktober in Berlin ausrichte, werden wir gemeinsam mit Unterstützern der Ukraine aus aller Welt überlegen, wie uns diese Generationenaufgabe gelingt. Unsere Botschaft ist: Wir stehen fest an der Seite des Angegriffenen – zum Schutz des Lebens und der Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer und zum Schutz unserer internationalen Ordnung!

Meine Damen und Herren, das zweite Prinzip, um diese Ordnung zu erhalten, lautet: Wir alle müssen uns an den Verpflichtungen messen lassen, die wir gemeinsam eingegangen sind. Verantwortung beginnt immer bei einem selbst. Nehmen wir zum Beispiel den Klimawandel, die größte Herausforderung unserer Generation. Hierfür tragen wir, die Industrieländer und großen Treibhausgasemittenten, ganz besondere Verantwortung. Deshalb haben wir beim G7-Gipfel im Juni in Deutschland noch einmal bekräftigt, beim Klimaschutz voranzugehen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen – nicht trotz des Kriegs und der Energiekrise, sondern gerade weil Klimaneutralität auch größere Energiesicherheit bedeutet.

Wir stehen zu unseren Zusagen, Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Emissionsminderung und ihrer Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen, zum Beispiel durch neue Partnerschaften für eine gerechte Energiewende, und wir werden auch die Länder nicht allein lassen, die am stärksten mit Verlusten und Schäden durch den Klimawandel zu kämpfen haben. Bis zur Klimakonferenz in Ägypten wollen wir deshalb einen globalen

**Kommentiert [JB6]:** Der Mann schnappt ja geradezu über, so sehr, wie er die eigenen Kriege seit 9/11 verdrängt: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen, Syrien mit einer Bilanz dieser westlichen, zumeist völkerrechtswidrigen Interventionskriege von mittlerweile 1,5 Millionen Menschenleben und 37-Millionen Flüchtlingen ist die obszöne Reputation, die sich mit der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ verbindet, die mal als NATO, mal als Coalition Of The Willing, mal als Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat Staaten überfiel.

**Kommentiert [JB7]:** Blanker Imperialismus: Was der "Werte"-westen mit all seinen Kriegen seit 9/11 getrieben hat, diente dem Imperialismus-Anspruch des US-Hegemon.

**Kommentiert [JB8]:** Wie viele von den 141 Staaten, die Olaf Scholz als Alibi bemüht, haben sich etwa an der internationalen Syrien-Zerstörung beteiligt.

**Kommentiert [JB9]:** Ja - Referenden mögen die Regierungsbönnen der EU nicht.

Und es ist die EU selbst, die über keine ausreichende demokratische Legitimation verfügt und ein Kartell von 27 nationalen Staaten ist.

**Kommentiert [JB10]:** Diese unerhört/skandalöse Interpretation ist nun wahrlich nicht mehr zu toppen.

**Kommentiert [JB11]:** Ausgerechnet mit dem "Friedensnobelpreisträger Willy Brandt" schmückt sich dieser Russlandphobiker! Brandt hat die Annäherung zu Russland gesucht und 1972 die langfristigen Gaslieferverträge mit Russland, die immerhin 50 Jahre lang konsequent eingehalten wurden, verabredet. Im Dezember 2021 den Amtseid geschworen, beginnen Scholz & Co. zwei Monate später die von allen Parteien des Parteienkartells seit 50 Jahren gepflegte erfolgreiche und gedeihliche Gaskooperation zwischen Russland und Deutschland, mal so "mir nichts, dir nichts" zu kippen. Im Februar 1970 hatten die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland ein langfristiges Abkommen über den Bau einer Gaspipeline nach Westeuropa und die Lieferung von russischem (sowjetischem) Gas unterzeichnet.

**Kommentiert [JB12]:** Was Scholz offensichtlich gezielt auslässt, ist, dass Putin selbst immer wieder Angebote zum Getreide-Export gemacht hat, die der Westen in seiner Hybris ignorierte. Das spielt bei Scholz keine Rolle.

**Kommentiert [JB13]:** Für hohle Worte war Frau Merkel auch schon bekannt.

Schutzschirm gegen Klimarisiken entwickeln. Wir müssen uns an den Verpflichtungen messen, die wir eingegangen sind.

Nirgendwo scheint mir diese Einsicht offensichtlicher als beim Schutz der Menschenrechte, weil sich in ihnen das tiefste Bedürfnis jeder und jedes Einzelnen von uns spiegelt, frei, unversehrt und in Würde zu leben. Das ist der Kern dessen, was uns als Menschen ausmacht und verbindet – egal, wo wir herkommen, egal, woran wir glauben, egal, wen wir lieben. Ich sage das mit der Geschichte meines Landes vor Augen. Deutschland, das durch den Mord an sechs Millionen Juden einen Zivilisationsbruch begangen hat, der keinerlei Vergleich duldet, weiß um die Brüchigkeit unserer Zivilisation. Und zugleich stehen wir in der Pflicht, die Menschenrechte überall und zu jeder Zeit zu achten und zu verteidigen.

Mein Land ist zweitgrößter Geber des UN-Systems, zweitgrößter Geber auch für humanitäre Hilfe. In den vergangenen Jahren haben wir Millionen Geflüchtete bei uns aufgenommen – aus dem Nahen Osten, aus Afrika, aus Afghanistan und zuletzt aus der Ukraine. Darauf sind wir stolz.

Hinsehen und handeln müssen wir aber auch dort, wo Hunderttausende in Straflagern oder Gefängnissen Leid, Willkür und Folter erdulden müssen – in Nordkorea, Syrien, dem Iran oder Belarus. Hinsehen und handeln müssen wir, wenn die Taliban Frauen und Mädchen in Afghanistan ihrer grundlegendsten Rechte berauben. Und hinsehen und handeln müssen wir, wenn Russland in Mariupol, Butscha oder Irpin Kriegsverbrechen begeht. Die Mörder werden wir zur Rechenschaft ziehen. Den Internationalen Strafgerichtshof und die vom Menschenrechtsrat eingesetzte unabhängige Untersuchungskommission unterstützen wir dabei mit aller Kraft.

Unsere gemeinsamen Institutionen zu stützen, daran sollten gerade diejenigen ein Interesse haben, die dank ihrer Stärke und ihres Einflusses besondere Verantwortung für die Ordnung in der Welt tragen. Die frühere Hochkommissarin für Menschenrechte hat uns vor einigen Wochen über die Lage der Uiguren in Xinjiang berichtet. China sollte die Empfehlungen der Hochkommissarin umsetzen. Das wäre ein Zeichen von Souveränität und Stärke und ein Garant für die Veränderung zum Besseren.

Meine Damen und Herren, noch ein drittes Prinzip muss hinzukommen, um die internationale Ordnung zu erhalten. Wir müssen unsere Regeln und Institutionen an die Realität des 21. Jahrhunderts anpassen. Viel zu oft spiegeln sie die Welt von vor 30, 50 oder 70 Jahren. Das gilt auch für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Seit Jahren setzt sich Deutschland für seine Reform und Erweiterung ein, vor allem um Länder des globalen Südens. Auch Deutschland ist bereit, größere Verantwortung zu übernehmen – als ständiges Mitglied und zunächst als nichtständiges Mitglied in den Jahren 2027 und 2028. Ich bitte Sie, unsere Kandidatur zu unterstützen, die Kandidatur eines Landes, das die Prinzipien der Vereinten Nationen achtet, das Zusammenarbeit anbietet und sucht.

Für mich ist es völlig selbstverständlich, dass die aufstrebenden, dynamischen Länder und Regionen Asiens, Afrikas und des südlichen Amerikas größere politische Mitsprache auf der Weltbühne bekommen müssen. Das liegt in unser aller Interesse! Denn daraus entsteht gemeinsame Verantwortung, damit wächst die Akzeptanz unserer Entscheidungen. Nicht Nationalismus und Isolation lösen die Herausforderungen unserer Zeit. Mehr Zusammenarbeit, mehr Partnerschaft, mehr Beteiligung lautet die einzig vernünftige Antwort, egal, ob es um den Kampf gegen den Klimawandel oder globale Gesundheitskrisen, um Inflation oder gestörte Handelsketten oder um unseren Umgang mit Flucht und Migration geht.

Ich sage das aus tiefster Überzeugung. Denn die Erkenntnis, dass Offenheit und Kooperation Frieden und Wohlstand sichern, diese Erkenntnis hat die vergangenen Jahrzehnte zu den bislang glücklichsten in der Geschichte meines Landes gemacht.

Als diesjähriger Präsident der G7 ist es mir daher ein zentrales Anliegen, für eine neue Art der Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens einzutreten, eine Zusammenarbeit, die Augenhöhe nicht nur behauptet, sondern herstellt, zumal diese Augenhöhe de facto ja längst besteht, wenn man das wachsende politische, ökonomische und demografische Gewicht Asiens, Afrikas und des südlichen Amerikas beachtet.

Von Beginn an haben wir unsere Ziele auf das Engste mit Indonesien als G20-Präsidentschaft abgestimmt. Die Vorsitzländer der Afrikanischen Union und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten

**Kommentiert [JB14]:** Unverschämt: Als hätte Deutschlands Beteiligung an den bestialischen Kriegen des "Werte"westens seit 9/11 nie stattgefunden.

**Kommentiert [JB15]:** Der Mann nimmt die UN nicht ernst, leugnet Deutschlands signifikant/ursächliche Schuld am Schicksal jener Flüchtlinge aus Irak, Syrien, aus Afghanistan, denen NATO & Co. die Heimat zerstört und jede Menge Landsleute abgeschlachtet hat. Das kann doch kein Mangel an Intelligenz sein. Ich bewerte so ein Verhalten als Hinweis auf eine massiv defizitäre Persönlichkeitsstruktur, die jede Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen vermissen und die Solidaritätsbekundungen der Ukrainischen Bevölkerung gegenüber als übliche Sonntagsrede von Politikern erscheinen lässt.

**Kommentiert [JB16]:** Er sollte die Mörder Gerhard Schröder und Joschka Fischer nicht vergessen: Bellizisten wie William (Bill) Jefferson Clinton, Al Gore, Madeleine Albright (f), Gerhard Fritz Kurt Schröder, Rudolf Albert Scharping, Joseph Martin Fischer, George W. Bush, Colin Luther Powell (f), Donald Henry Rumsfeld (f), Paul Wolfowitz und Tony Blair, sowie Barack Hussein Obama II, Hillary Diane Rodham Clinton, Donald Trump, Joe Biden und letztlich auch Angela Merkel mit Massenermordungen und extralegale Hinrichtungen von nahezu einer Millionen und Vertreibungen von inzwischen zig-Millionen Menschen gehören/gehörten als Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt zu werden! Mit dem Russland/Ukraine-Krieg hat sich auch Wladimir Putin dazugesellt.

**Kommentiert [JB17]:** Der Mann ist ein Schwätzer: Was würde sich bei einer Mitgliedschaft oder nichtständigen Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat denn substantiell verändern. Wie wir mit dieser Rede eindrucksvoll bestätigt bekommen, ist Olaf Scholz Echokammer westlicher Parolen, die Welt im Sinne des Hegemon USA zu beherrschen und dafür selbst bewiesener Maaßen krieglerisch/bestialische Gräueltaten zu begehen.

haben wir an unseren Beratungen als G7 beteiligt, ebenso wie Indien und Südafrika. Herausgekommen sind neue Modelle globaler Zusammenarbeit, die eines gemeinsam haben: Sie tragen die Handschrift gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Solidarität.

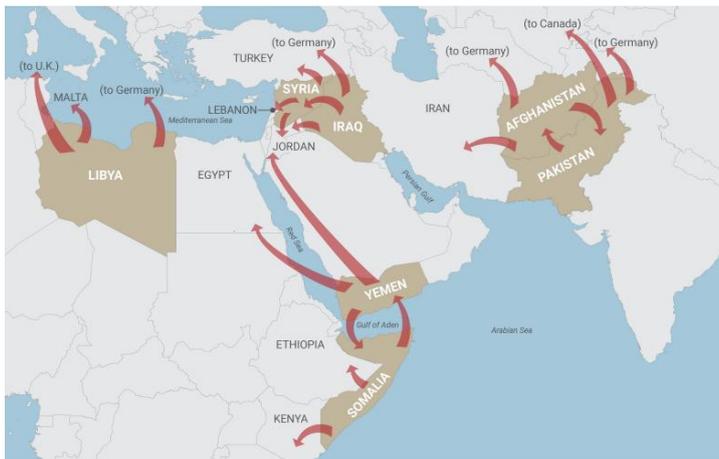
Mit einem neuen Bündnis für globale Ernährungssicherheit bekämpfen wir die Hungerkrise, und ich lade Sie alle ein, Teil dieses Bündnisses zu werden. Wir haben eine Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen ins Leben gerufen, um gemeinsam in den kommenden fünf Jahren 600 Milliarden Dollar für öffentliche und private Infrastrukturinvestitionen weltweit zu mobilisieren. Damit machen wir einen großen Schritt auch zur Umsetzung der Agenda 2030. Und durch einen neu entstehenden Klima-Club gehen wir mit Freunden und Partnern weltweit voran, um das Pariser Klimaabkommen noch schneller und besser umzusetzen. Solche Ansätze sind Pfeiler, die unsere internationale Ordnung stützen, weil sie Ergebnisse liefern, die den Bürgerinnen und Bürgern in all unseren Ländern zugutekommen und die sie von den Vereinten Nationen erwarten.

„We the Peoples“ – „Wir, die Völker“ – lauten nicht umsonst die ersten drei Worte unserer Charta. Wohlgermerkt: Sie lauten nicht „Wir, die Mitgliedstaaten“ oder „Wir, die Delegierten“. Unseren Völkern sind wir verpflichtet. Ihnen schulden wir eine Weltordnung, die ihnen ein Leben in Frieden ermöglicht, die ihre Rechte schützt, die ihnen Chancen auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung eröffnet. Eine solche Ordnung entsteht nicht von allein. Sie zu verteidigen, weiterzuentwickeln und zu stärken, darin liegt unsere Aufgabe als Vereinte Nationen. Deutschland reicht Ihnen allen dafür die Hand.

Vielen Dank!

...

Zur Erinnerung: [Flüchtlingsströme ab 2001 auf Grund „werte“westlicher Angriffskriege](#)



Bilanz westlicher, zumeist völkerrechtswidrigen Interventionskriege: 1,5 Millionen Menschenleben und 37-Millionen Flüchtlingen ist die obszöne Reputation, die sich mit der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ verbindet, die mal als NATO, mal als Coalition Of The Willing, mal als Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat Staaten überfällt.

...